

Liebe Freundinnen und Freunde!

Im Juni 2007 jährt sich zum 40sten Mal die israelische Besatzung von Westbank, Gaza, Ostjerusalem und den Golanhöhen. Unter dem Motto „Die Welt sagt NEIN zur israelischen Besatzung!“ protestieren am 9. und 10. Juni in Palästina und weltweit die Menschen gegen die anhaltende israelische Besatzung, gegen Entrechtung, Landraub und Vertreibung.

Auch wir in Bonn rufen auf zur Kundgebung:

**Internationaler Aktionstag:
Die Welt sagt NEIN zur israelischen Besatzung!**

**Kundgebung in Bonn
Samstag, 9. Juni 2007, 11 Uhr, Münsterplatz**

Zur allgemeinen Information dokumentieren wir auf den folgenden Seiten den Aufruf zur Berliner Kundgebung.

Weitere Informationen auf:

www.stophewall.org/german/cgi-bin/german/wwa/article_199.shtml

www.stopptdiemauer.de/aktivitaeten/070609jahrestag.php

Bonner Friedensbündnis

Arbeitskreis Israel/Palästina e.V. Bonn

Palästinensische Gemeinde Deutschland-Bonn e.V.

Die Welt sagt NEIN zur israelischen Besetzung!

Mai 1948: Beginn der Vertreibung und Entrechtung

Juni 1967: Besetzung der Westbank, Ostjerusalems, des Gazastreifens und der Golanhöhen

Mit dem ersten israelisch-arabischen Krieg und der Ausrufung des Staates Israels im Mai 1948 beginnt die „nakba“, die Katastrophe für die Palästinenser: ihre Massenvertreibung, Flucht, Enteignung und Entrechtung. Weltweit gibt es heute 5 Millionen palästinensische Flüchtlinge, von denen ein Drittel in Lagern lebt.

Im Juni 2007 jährt sich zum 40. Mal die israelische Besetzung der Westbank, Ostjerusalems, des Gazastreifens und der Golanhöhen. Seit 40 Jahren missachtet Israel zahllose UN-Resolutionen zur Beendigung der völkerrechtswidrigen Besetzung und ergreift Maßnahmen, die als Kriegsverbrechen eingestuft werden. Israel, die viertgrößte Militärmacht der Welt und größte, auch mit Atomwaffen ausgerüstete Militärmacht im Nahen und Mittleren Osten, bedroht das palästinensische Volk in seiner Existenz und beraubt es systematisch aller Lebensmöglichkeiten.

Unter dem Motto „Die Welt sagt NEIN zur israelischen Besetzung!“ protestieren im Juni weltweit Menschen gegen die anhaltende israelische Besetzung, gegen Entrechtung, Landraub und Vertreibung. Auch wir in Berlin rufen auf zur:

Kundgebung am 9. Juni 2007 um 14 Uhr

auf dem Breitscheidplatz an der Gedächtniskirche

**Es sprechen: ein Vertreter der Palästinensischen Gemeinde Berlin,
die israelische Menschenrechtsanwältin, Autorin und Trägerin des Alternativen
Nobelpreises, Felicia Langer und Dr. Dieter Frielinghaus, Pfarrer i.R.**

In den 40 Jahren der Besetzung hat Israel Siedlungen für über 450.000 Israelis auf gestohlenem palästinensischem Land errichtet und die palästinensische Bevölkerung in voneinander isolierten Bantustans auf nur noch der Hälfte des Westbank-Territoriums zusammengedrängt. Seit 40 Jahren terrorisiert und demütigt die israelische Besatzungsmacht die palästinensische Bevölkerung und verweigert ihre international garantierten Rechte auf ausreichend Nahrung und Wasser, auf Bildung, Arbeit und Gesundheitsversorgung.

In den 40 Jahren der Besetzung hat Israel

- * Zehntausende Palästinenser von ihrem Land vertrieben (zusätzlich zu den 750 000 im Jahr 1948 Vertriebenen)
- * Tausende getötet und Zehntausende verwundet. (Seit dem Jahr 2000 erschoss die israelische Armee 934 palästinensische Kinder!)
- * 650 000 Palästinenser, darunter rechtmäßig gewählte Parlamentarier und Minister, inhaftiert
- * 12 000 palästinensische Häuser zerstört
- * und mehr als eine Million Ölbäume vernichtet.



- * Seit Juli 2002 wird in der Westbank auf palästinensischem Land die „Mauer“, eine riesige Sperranlage, gebaut, mit dem Ziel, die großen Siedlungsblöcke und das Jordantal dem israelischen Staatsgebiet einzuverleiben und neue Grenzen für Israel zu ziehen.
- * Durch ein System von Abriegelungen, Belagerungen, Ausgangssperren, Straßenblockaden und Checkpoints wird die Bewegungsfreiheit der Palästinenser in ihrem eigenen Land drastisch eingeschränkt.
- * Der Gazastreifen wird nach dem Abzug der Siedler und Soldaten weiter vollständig von Israel kontrolliert und oft wochen- oder monatelang von der Außenwelt abgeriegelt, mit verheerenden Folgen für die Versorgung der 1,6 Millionen Einwohner.
- * Leisten die Palästinenser Widerstand gegen den israelischen Staatsterror, wird unter Verletzung der Genfer Konventionen die gesamte Bevölkerung mit Kollektivstrafen belegt: Durch zahlreiche Angriffe der israelischen Besatzungsarmee mit Panzern, Bulldozern und F 16-Kampfbombern ist der Großteil der Infrastruktur in der Westbank und im Gazastreifen zerstört worden.
- * Anfang 2006, nach dem Wahlsieg der Hamas, eskalierte die Unterdrückungspolitik Israels in der Streichung der den Palästinensern zustehenden Steuer- und Zollgelder, bis März 2007 eine Summe von mehr als 700 Millionen Dollar. Auch die USA und EU stellten ihre Zahlungen weitgehend ein. Offensichtlich sollte das palästinensische Volk ausgehungert werden, um seine demokratisch gewählte Regierung zu stürzen. Auch jetzt nach Bildung der Regierung der Nationalen Einheit hat sich an dieser Boykottpolitik nichts geändert.

In den 59 Jahren seines Bestehens hat Israel Dutzende von internationalen Gesetzen und zahllose UN-Resolutionen missachtet. Das Völkerrecht gibt keinem Staat Sonderrechte auf Aggression und Besatzung!

Die viel beschworene „Internationale Gemeinschaft“ trägt einen großen Teil der Verantwortung für diese Völker- und Menschenrechtsverletzungen Israels. Angeführt von den USA haben weltweit zahlreiche Regierungen, darunter auch die Bundesregierung, die israelische Besatzungs- und Boykottpolitik aktiv unterstützt.

Wir fordern von der Bundesregierung:

- Die sofortige Beendigung der militärischen, wirtschaftlichen und politischen Unterstützung der israelischen Besatzung!
- Sofortige Beendigung des Boykotts der demokratisch gewählten palästinensischen Volksvertretung!
- Eine Außenpolitik, die sich aktiv einsetzt für die Beendigung des seitens Israels begangenen Unrechts an den Palästinensern, für das Existenzrecht eines palästinensischen Staates in den Grenzen vom 4. Juni 1967 mit Jerusalem als Hauptstadt, das Rückkehrrecht und die Entschädigung für das Leid des palästinensischen Volkes gemäß der UNO Resolution 194.

Ein dauerhafter und gerechter Frieden in der Region kann letztendlich nur in einem gemeinsamen, demokratischen Staat, in dem alle Menschen unabhängig von ihrer Religion oder ihrer sozialen Herkunft gleichberechtigt leben, verwirklicht werden. Die Bildung zweier gleichberechtigter souveräner Staaten scheint jedoch im Moment der einzige Weg zu sein.

Erstunterzeichner: Palästinensische Gemeinde Berlin, Gruppen der Berliner Friedenskoordination, AK-Nahost, Jüdische Stimme für einen gerechten Frieden in Nahost.